



Gewerkschaft der Polizei

Gewerkschaft der Polizei λ Kreisgruppe LBPA/LPBK
An den Wadehängen 29; 19061 Schwerin

Kreisgruppe LBPA/LPBK

Minister für
Inneres und Europa
Herrn
Lorenz Caffier
Alexandrinestraße 1

An den Wadehängen 29
19061 Schwerin
Telefon: 0385 / 3984 0

19055 Schwerin

Schwerin, 12.10.2020

Offener Brief der KG LBPA/LPBK an den Minister für Inneres und Europa

Sehr geehrte Herr Caffier,

im Rahmen der Umorganisation des Landesbereitschaftspolizeiamtes (LBPA), ist eine Umbenennung unserer Behörde von Landesbereitschaftspolizeiamt in Landesamt für Polizeiliche Einsatzunterstützung geplant.

Unsere Behörde trägt seit jetzt 30 Jahren den Begriff „Bereitschaftspolizei“ in unterschiedlichen Gesamtbezeichnungen in ihrem Namen. Tausende von Polizistinnen und Polizisten haben in diesem Zeitraum ihren Dienst, im LBPA MV, versehen.

Bei unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ist die Identifikation mit unserer Behörde, auch und insbesondere mit der Bezeichnung Bereitschaftspolizei, sehr hoch. Die Behördenbezeichnung ist, nicht zuletzt, auch Motivation für uns.

Die geplante Umorganisation stellt die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor große Herausforderungen.

Die Einfügung des Spezialeinsatzkommandos vom LKA, das Pilotprojekt „Zentralisierung des Diensthundewesens sowie die Errichtung eines Kompetenzzentrum für Drohnen stellen eine Zäsur im Aufgabenportfolio des LBPA und stellen einen Paradigmenwechsel im Denken und Handeln des Ministeriums gegenüber der Bereitschaftspolizei dar.

Das Landesbereitschaftspolizeiamt ist in unserem Bundesland und im gesamten Bundesgebiet bekannt und geachtet. Sie selber betonen, immer wieder, den hohen Stellenwert unserer Bereitschaftspolizei im Sicherheitsgefüge unseres Landes und des Bundes.

Die beabsichtigte Umbenennung , wird unter anderem mit der Übernahme des Spezialeinsatzkommandos begründet. Es ist aus Sicht unserer Kreisgruppe nicht erkennbar, inwiefern, eine solche Maßnahme den Identifizierungsprozess des SEK mit der Behörde, beschleunigen könnte.

Das SEK war bis Ende der 90er-Jahre Bestandteil der, damaligen, Bereitschaftspolizeiabteilung. Es ist also nicht zu erwarten, dass die Kollegen des SEK einen „Kulturschock“ erleben, nur weil sie in das Landesbereitschaftspolizeiamt und nicht in das Landesamt für Polizeiliche Einsatzunterstützung versetzt werden. Dasselbe dürfte wohl für die Diensthundführerinnen und Diensthundführer gelten.

Die Bezeichnung LPE führt mit Sicherheit nicht zu einer besseren Identifikation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit der Behörde. Im Gegenteil, die stolze und überall etablierte Bezeichnung Landesbereitschaftspolizeiamt, müsste einer, vergleichsweise seelenlosen Behördenbezeichnung, weichen.

In der heutigen Zeit spielen die Identifikation aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit der Organisation, damit auch ihrer jeweiligen Behörde, eine grundlegende Rolle. Dies gilt damit natürlich auch, aus unserer Sicht insbesondere, für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des LBPA.

Die avisierte Umbenennung würde uns einen hohen Indentifikationsfaktor nehmen.

Es stellt sich in der Tat die Frage, warum die Umbenennung notwendig ist. Dass die Bezeichnung „Bereitschaftspolizei“ überholt ist, ist nicht nachvollziehbar.

Im weiteren entstehen bei der Umbenennung, unnötige, nicht unerhebliche Kosten bei der Umsetzung der Maßnahme.

Sehr geehrter Herr Minister,

Die Kreisgruppe der Gewerkschaft der Polizei LBPA/LPBK bittet Sie, die beabsichtigte Umbenennung der Behördenbezeichnung in Landesamt für polizeiliche Einsatzunterstützung zu stoppen und davon gänzlich abzusehen.

Mit freundlichen Grüßen

Ulrich Schroeder
Stellvertretender Vorsitzender
der Kreisgruppe LBPA/LPBK
der Gewerkschaft der Polizei